

Vorbereitung des außerordentlichen Parteitag der SED

Nicht nur darauf warten, was uns der Parteitag bringen wird

Genossen des Fürstenwalder Reifenwerkes bestimmen ihren politischen Standort

Auf der Gesamtmittgliederversammlung im Stammbetrieb des Reifenkombinates „Pneumant“ in Fürstenwalde hatte die bisherige Parteileitung ihren Rücktritt angeboten...

Am Tag seines „Amtsantritts“ sprach unser Bezirkskorrespondent Gerd-Uwe Fritsch mit ihm.

Was ist für den neuen Parteisekretär in diesen Tagen das wichtigste?

Daß wir Genossen uns neu formieren und zu uns selbst wieder Vertrauen finden - Vertrauen in die Partei der Arbeiterklasse.

Wie ist es um die zahlenmäßige Kraft eurer Grundorganisation bestellt?

Seit Mitte September verließen 120 Mitglieder unsere bis dahin 770 Genossen starke Grundorganisation. Dieser Trend hält weiter

an, wobei noch viele abwarten, was der außerordentliche Parteitag bringen wird. Wenn er keine grundsätzlichen Orientierungen und Dokumente bringt, nicht schonungslos mit der Vergangenheit abrechnet...

Ist daraus zu schließen, eure Parteileitung hat eine Abwartehaltung?

Nein. Jeder Tag zählt jetzt. Wir haben daher ein Positionspapier auf den Tisch gelegt. Es basiert auf dem Aktionsprogramm der Partei, ohne ein Abklatsch zu sein.

lich hängt davon doch der Erfolg jeglicher Neu- und Umgestaltung ab. Nicht nur für die Partei - für alle.

Was wirst du tun?

Ich gehe in die Parteigruppen, dorthin, wo produziert wird. Ich will den Rat, die Vorstellungen der Genossen aufnehmen, denn sie sind bestimmend in der Partei.

Ihr habt inzwischen einen Delegierten zum Parteitag gewählt...

... den wir beauftragen, sich auf die Diskussion vorzubereiten und sich vor allem zu dringenden notwendigen Veränderungen in der Wirtschaft zu äußern.

Wo muß die SED künftig wirken?

Was „Parteitagskandidaten“ aus Leuna darüber denken

Leuna-Werke. Ist die weitere Entwicklung des Chemierieses ohne SED vorstellbar? Müssen sich die Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse in den Wohngebieten neu organisieren?

Welche Standpunkte vertreten die „Parteitagskandidaten“ zu den genannten Fragen? Danach erkundigte sich Bezirkskorrespondent Manfred Jäger.

Peter Stein aus der Abteilung Maschinen- und Apparatebau: Die Austritte - Regina Grulke sprach von rund 30 Prozent seit dem 1. September 1989 - sowie die vielen bekannt gewordenen Fälle von Machtmissbrauch, Korruption und Unrechlichkeit machen mir, einem 33jährigen Genossen, zu schaffen.

Klaus Fehn, Meister in der Elektroabteilung: Ich unterstütze diese Überlegung und frage: Woran denken wir, wenn es in unseren Wohnbezirken zur Wahl geht? Die Antwort: an das Territorium, an die Wohnungswelt.

Hans-Joachim Pantke, stellvertretender Betriebsdirektor für Konsumgüter: Der Sozialismus ist im harten Kampf entstanden. Auch der größte Teil der Bevölkerung will, daß die besten Traditionen daraus weiterleben und weiterentwickelt werden.

Herbert Nitzsche aus der Betriebsdirektion Methanol/Paraffine: Wir werten gern alle Rudimente des Stalinismus über Bord. Aber, daß die Partei wegen Wandlitz und Personenkult aus den Betrieben geht, das ist nicht drin.

Gebhardt Kraft, Anlagenfahrer: Wesentlich für eine Effektivitätssteigerung in der Wirtschaft ist die Herausbildung einer wirklichen Eigentümerfunktion der Arbeiterklasse in den Betrieben.

Bewegte Gemüter beim Streit um den Rechtsstaat DDR

Sonderrechte für Parteien und Personen ab jetzt passé

„Waren, sind oder werden wir ein Rechtsstaat? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen.“ So gab Staatsrechtler Prof. Dr. Michael Benjamin am Dienstagabend im Haus des Zentralkomitees der SED den Startschuss für eine äußerst lebhaft und emotionsgeladene, von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten während des viereinhalbstündigen Disputs vereinte Diskussion.

Die SED-Mitglieder als Gleiche unter Gleichen war dann auch eines der am heißesten umstrittenen Themen des Abends. Dazu gehört sowohl die Beseitigung jeglicher Sonderrechte einer Partei als auch die konsequente Abschaffung aller ungerechtfertigten persönlichen Privilegien.

Im Gegensatz zur Durchsetzung strafrechtlicher Verantwortlichkeit, so war die Meinung vieler Redner, könne bei Parteiverfahren

ren schneller gehandelt werden, da schon jetzt ausreichend Fakten für parteischändendes Verhalten auf dem Tisch liegen. Das müsse alles noch vor dem Parteitag deutlich ausgesprochen werden, verlangte Peter Kusche und bezweifelte, daß sich die Genossen der Zentralen Parteikontrollkommission darüber im klaren sind.

Breiten Raum nahmen alle Fragen der neuen Sicherheitspolitik sowie angestrebter Strukturveränderungen des Amtes für Nationale Sicherheit ein. Sehr bewegt äußerten sich viele junge Angehörige des Wachregiments „Felix Dzierzyski“ über Motivationschwund bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, von deren Bedeutung sie bisher doch so überzeugt waren.

Judith Albig, Karin Wenk

Kommunistischer Jugendverband - ja oder nein?

„Angesichts dessen, daß mittlerweile die CDU und die LDPD eigene Jugendorganisationen gegründet haben und die Gründung weiterer absehbar ist, empfinde ich es als unbefriedigend, daß die SED keinen kommunistischen Jugendverband aus der Taufe hebt.“

Gerd Brütigam, Merseburg, Otto-Lilienthal-Str. 1

In der Tat steht die SED vor schwerwiegenden Entscheidungen auch auf dem Gebiet der Jugendpolitik und Jugendarbeit. Dazu gehört die Frage, ob es notwendig ist, einen eigenen Jugendverband zu gründen oder nicht.

Aus unserer Sicht sollte die SED auf die Gründung einer eigenen, parteigebundenen Jugendorganisation verzichten. Die Grundinteressen und der Einsatz für die Grundrechte der Jugend müssen höher stehen als Parteiinteressen gegenüber der Jugend.

Zugleich treten wir dafür ein, daß junge Mitglieder unserer Partei in den Reihen der FDJ mitarbeiten. Das ist ein Weg, damit die SED mit der Jugend verbunden bleibt, die vielfältigen und differenzierten Gesamtinteressen der Jugend kennt und bei der Ausarbeitung ihrer Gesellschaftspolitik berücksichtigt.

Eine völlig neue Qualität ist in der Jugendarbeit der Partei nötig. Wir brauchen Strukturen, damit junge Genossen (vielleicht im Alter von 18 bis 30 Jahren) sich in der Partei zusammenfinden und sich zu den spezifischen Fragen der Jugend verständigen können.

Abteilung Jugend des ZK der SED

Podiumsgespräch

Donnerstag:

Alle Macht den Räten! Die SED zur Kommunalpolitik mit: Erhard Krack, Prof. Ernst Langhelm, Prof. Siegfried Petzold

Ort: Haus des ZK, Eingang Oberwasserstraße Zeit: 18.00 Uhr

ND-Interview mit Prof. Dr. h. c. mult. Manfred von Ardenne

„Vor uns unermeßlich schwere, aber faszinierende Aufgaben“

Schnelle Realisierung vorgeschlagener Reformen dient der Vertrauensbildung

ND: Worauf führen Sie die Reformbewegungen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zurück?

Prof. von Ardenne: Auf gemeinsame Ursachen. Auf die Vorbildwirkung der Perestrojka Michail Gorbatschows und auf den harten Zwang durch den erschreckenden Tiefstand der Volkswirtschaften in diesen Staaten.

ND: Wie konnte es zu diesem erschreckenden Tiefstand kommen?

Prof. von Ardenne: Ich glaube, hier haben verschiedene Ursachen zusammengewirkt. Es ist der marxistische Ideologie nicht gelungen, die Arbeitsmoral und den Leistungswillen der Bürger in diesen Staaten wirksam zu motivieren.

ND: Worauf kommt es Ihrer Ansicht nach jetzt besonders an?

Prof. von Ardenne: Auf die Vertrauensbildung zu unserer Regierung, die heute durch Unabhängigkeit und weitgehende Entscheidungsfreiheit im Gegensatz zu früher vom Ministerrat gebildet wird.

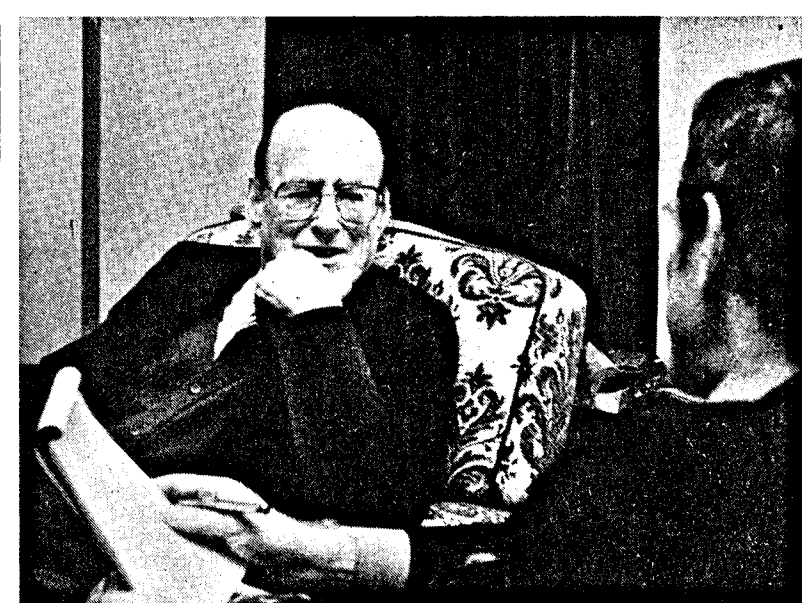
Ich freue mich darüber, daß gerade Dr. Hans Modrow als Ministerpräsident gewählt wurde. Ich kenne ihn seit 16 Jahren, in denen er auch uns in Dresden als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung immer wieder bei Problemen unseres Institutes zur Seite gestanden hat.

ND: An welche Reformen und Maßnahmen denken Sie? Welche Reformen lassen sich schnell verwirklichen?

Prof. von Ardenne: Vordringlich erscheinen erstens neue Strukturen und Gesetze, welche die Eigenverantwortung an die Betriebe übertragen und den Übergang zu einer unseren Bedingungen angepaßten Marktwirtschaft einleiten.

Zweitens: Maßnahmen und Gesetze, die darauf hinzielen, die Staatseinnahmen durch Steuern zu erzielen und nicht mehr durch Gewinnabschöpfung der Betriebe. Die bisherige Gewinnabschöpfung hat sich außerordentlich schädlich erwiesen, weil sie die Modernisierung der Ausrüstungen blockierte, wie ich aus den Erfahrungen meines Institutes bestätigen kann.

Vordringlich dürften dritten Maßnahmen und Gesetze zur Neugründung und Förderung mittlerer und kleinerer Betriebe sein, auch auf privater Basis. Diese Betriebe können schnell die aus der bisherigen Planwirtschaft entstandenen kritischen Lücken füllen.



Im Interview mit dem Dresdner Forscher

Foto: SZ Hübner

Neustrukturierung der Kombinate zu erwarten sind sowie bei der Herausnahme von Konsumgüterproduktionen, die nicht in das Profil der betreffenden Industrieunternehmen passen.

Viertens: Eine neue Arbeitssetzunggebung für konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips. Gehaltsherabsetzung oder Kündigung für Personen, die auf Kosten ihres Kollektivs oder der Gemeinschaft leben.

Schließlich fünftens Maßnahmen und Gesetze zur Überleitung unproduktiver Kräfte aus allen Bereichen in die Produktion mit dem Ziel, die Gemeinkosten zu senken. Die in der DDR unverhältnismäßig hohen Gemeinkosten wirken sich negativ auf die Preisbildung aus und reduzieren dadurch u. a. die Weltmarktfähigkeit unserer Exporte.

ND: Aus welchen Bereichen können durch diese Maßnahmen besonders viele zusätzliche Arbeitskräfte gewonnen werden?

Prof. von Ardenne: Gedacht werden sollte an Personaleinsparungen in Verwaltung, Behörden, an die Reduzierung des Apparates der Staatssicherheit, die ja bereits im Gange ist, und ähnliche Maßnahmen.

ND: Welche weiteren Schritte sind geeignet zur schnellen Erhöhung der Effizienz unserer Volkswirtschaft?

Prof. von Ardenne: Als Schritte, die sich schnell auswirken, sehe ich:

- Beseitigung des Außenhandelsmonopols. Dieses Monopol hat durch den zwischen Produzenten und ausländischen Kunden geschalteten Bürokratismus oft zur starken Herabsetzung der Exportmöglichkeiten geführt.

- Sparmaßnahmen der verschiedensten Art wie: Verringerung der Militärausgaben, vor allem im Zuge der weiteren Abrüstung; Verzicht auf Mammutveranstaltungen; Reduzierung der ausländischen Einrichtungen, Parteien, Staaten gewährten Unterstützungen.

Sie werden überrascht sein, wenn ich auch erhebliche Abstriche auf dem Gebiet der Mikroelektronik fordere, wo oft Importe den billigeren Weg darstellen.

Im weitesten Sinne gehört dazu auch die Ablösung unfähiger, das heißt schädlicher Leitungskader im Bereich der Industrie und der wissenschaftlichen Institute und Akademien.

Für notwendig halte ich ferner die Beschränkung und Ausrichtung

der Kombinate auf eine ihren Aufgaben angepaßte Größe. Das aber erst, nachdem die Gründung der mittelständischen Betriebe erfolgt ist, um keine neuen Lücken entstehen zu lassen.

ND: Sie haben von jeher wirtschaftliche Kooperationen zwischen Ost und West befürwortet und sie, wo immer das ging, mit Ihrem Institut praktiziert. Wie sehen Sie angesichts der Reformvorhaben die Möglichkeiten des Westens zur wirtschaftlichen Hilfe?

Prof. von Ardenne: Ich bin sicher, daß sich in großer Zahl Projekte finden werden, deren Realisierung beiden Seiten bedeutende Vorteile erschließen. Für die Annahme von Hilfen aus der BRD haben wir, so glaube ich, sogar eine moralische Berechtigung, denn nach 1945 hat vor allem die DDR die Last der Reparationskosten getragen, während die BRD mit dem Marshall-Plan unterstützt wurde.

ND: Wie kann man zusammenfassen, was Sie als Gebot der Stunde betrachten?

Prof. von Ardenne: Historische Augenblicke der Dimension, wie wir sie in diesen Wochen durchleben, sind selten, in ihrer Gewaltlosigkeit und Besonnenheit vielleicht einmalig.

Es ist eine Chance, und vielleicht die letzte, in unserem Teil Deutschlands, zu einem menschlich würdigen und attraktiven Sozialismus zu finden. Ich warne daher vor halbherzigen Schritten.

Das Gebot der Stunde sind radikale Veränderungen in der Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft.

Bei dem, was jetzt in unserem Staat eingeleitet ist, und bei den neuen Trends in der Weltpolitik glaube ich fest an eine glückliche Zukunft in einer friedlichen Welt.

Vor uns liegen Aufgaben, und besonders vor unserer Jugend, unermeßlicher Schwere, aber faszinierender Größe. In dieser Phase wird es darauf ankommen, daß alle Bürger mit innerer Überzeugung und Begeisterung das begonnene Werk vollenden.

Das Interview führte Gerd Prokolt

Warum im Dimitroffwerk die Wahlscheine ergänzt wurden

Rosi Braunert - ein Vorschlag, der große Zustimmung fand

Betriebsdelegiertenkonferenz der Parteioorganisation des traditionsreichen Magdeburger Schwermaschinenbaubetriebes „Georg Dimitroff“.

Ich hätte einen „normalen“ Versammlungsbericht schreiben können. Ich will jedoch darauf konzentrieren, was die Arbeiterin Rosi Braunert in der Debatte sagte und was sich im weiteren Verlauf der Versammlung in diesem Zusammenhang tat.

Zum Sachverhalt: Die 38jährige Rosi Braunert ist Brigadierin der Transportarbeiter in der mechanischen Abteilung 2, geschieden und Mutter zweier Kinder. Keineswegs wortgewand, jedoch mit Frische und Überzeugung erklärte sie: „Wir haben uns jahrelang im Stich gelassen gefühlt. Fast immer wurden nur Forderungen an die Produktion gestellt. Wir haben gearbeitet, dabei ständig auf unsere Probleme hingewiesen - verschiedene Technik, wenig Arbeitskräfte, wachsende Aufgaben, denn die Abteilung stellt Ersatzteile her. Geändert hat sich bis jetzt nichts. Nun jedoch empfinden wir, daß der Wille zu tiefgreifender Erneuerung da ist. Wir Genossen Arbeiter sind

verpflichtet, eine gehörige Portion Verantwortung für einen wirklichen Sozialismus, das heißt einen für das Volk, zu übernehmen.“

Der Beitrag fand den ungeteilten Beifall aller Delegierten. Unmittelbar danach folgten die Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz sowie der Vorschlag der Grundorganisation an diese Konferenz für einen Delegierten zum außerordentlichen Parteitag Mitte Dezember. Rosi Braunert befand sich zunächst nicht unter den Vorgeschlagenen, bis Konrad Böhm, erfahrener Fachmann im Auslandskundendienst des Werkes, ums Wort bat. Zu wenig Genossen aus der unmittelbaren Produktion seien in die engere Wahl gezogen, bemerkte er. „Warum schlagen wir zum Beispiel nicht eine solche Genossin wie Rosi Braunert vor, zumal es an Frauen mit Verantwortung in unserer Partei ohnehin mangelt“, so sein Standpunkt. Aus allen Ecken kam Zustimmung. Die Wahlscheine wurden ergänzt. Und im Ergebnis der geheimen Wahl erhielt die Transportarbeiterin die Mehrzahl der Stimmen.

Käthe A e b i

Was wollen die Gewerkschaften?

Aus dem Grundsatzdokument über die Rolle des FDGB im Erneuerungsprozess

Berlin (ADN). Der FDGB-Bundesvorstand hat in Vorbereitung des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses ein Grundsatzdokument über die Rolle der Gewerkschaften im Erneuerungsprozess unter dem Titel „Was sind, was wollen die Gewerkschaften in unserer Zeit?“ zur öffentlichen Diskussion im FDGB vorgelegt.

Darin heißt es, der FDGB will seinen aktiven Beitrag zum Erneuerungsprozess des Sozialismus leisten. Inhalt und Ziel der Arbeit seien der Schutz und die Verwirklichung der politischen, rechtlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vor allem im Arbeitsprozess. Es gelte, Vertrauen neu zu erwerben. Die Gewerkschaften hätten die Pflicht und die reale Chance, mit dem Beginn der Reformen des politischen Systems, der Wirtschafts- und Rechtsordnung den Platz und die Rechte zu sichern, die für einen umfassenden Schutz der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder notwendig sind.

Der FDGB ist eine Organisation der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, deren eigenständige Tätigkeit sich im Rahmen der Satzung vollzieht. Dabei hat das Produktionsprinzip Vorrang vor dem Territorialprinzip. Grundlegendes Erfordernis für die Wirksamkeit der Gewerk-

schaften als Interessensvertreter ihrer Mitglieder sei die Bewahrung der Einheitsgewerkschaft, die Spaltung der Gewerkschaften schwäche ihre Kraft.

Die gewerkschaftliche Grundorganisation, heißt es im Absatz über die demokratische und eigenständige Leitung der Gewerkschaften, sei die Basis jeder gewerkschaftlichen Aktivität. Die Grundorganisation bestimmt den gewerkschaftlichen Standpunkt zu allen betrieblichen Entscheidungen.

Eigenständige Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sind Voraussetzung für eine starke unabhängige Gewerkschaft. Sie tragen volle Verantwortung für die Durchsetzung der Interessen der Mitglieder. Die Erneuerung in der DDR sei nur mit einem stabilen und dynamischen Wirtschaftswachstum möglich, der FDGB unterstütze eine Wirtschaftsreform und hält es für notwendig, die Vollbeschäftigung für alle arbeitsfähigen Bürger zu gewährleisten und materielle Voraussetzungen für soziale Sicherheit zu schaffen.

Die Gewerkschaften treten dafür ein, das Leistungsprinzip uneingeschränkt durchzusetzen, ist dem

Grundsatzdokument zu entnehmen. Mit der Anwendung moderner Technik und Technologien müsse eine generelle Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen gesichert werden. Die Gewerkschaften treten in diesem Zusammenhang dafür ein, daß die berechtigten Interessen der Werktätigen geschützt und nicht einfach ökonomischen Zwängen untergeordnet oder geopfert werden.

Der FDGB setzt sich für eine hohe Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit und für die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz ein und unterstützt die Arbeit der Konfliktkommissionen. Er will eine breite Diskussion zur Überarbeitung des Arbeitsgesetzbuches organisieren. Die Gewerkschaften werden weiter die Leitung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten garantieren.

In seiner internationalen Arbeit tritt der FDGB für die Verständigung und Zusammenarbeit aller Gewerkschaften der Welt ein im Ringen um die Bewahrung des Friedens und für sozialen Fortschritt.

Die Mitgliedsbeiträge seien auch künftig das Fundament zur Finanzierung gewerkschaftlicher Aufgaben, heißt es im abschließenden Kapitel. Der Haushalt des FDGB sei nach den Prinzipien strengster Sparsamkeit neu zu gestalten.